

POLITICUM



Zeitenwende?

Ende der Ära Merkel und die Ampel Koalition

Inhaltsverzeichnis

Politicum im SoSe 2022

1 Titelthema

S. 6	NRW – Erste klimaneutrale Industrieregion Europas? Ein grober Überblick, was auf uns zukommt
S. 8	Politik auf 280 Zeichen Die Verschiebung der politischen Kommunikation in den digitalen Raum
S. 12	The Case for a European Army Discussions and Planning of a shared army
S. 14	„Aber wir haben (hatten) doch eine Kanzlerin“ Von Hosenanzügen und Kinderbetreuung
S. 16	Der Fall Assange Eine dringliche Warnung
S. 22	Was können wir wirklich von der Ampel-Koalition erwarten? Eine Zwischenbilanz der Ampel Koalition

Interview 2

OHNE WORTE mit Marcel Turlach M.A.	S. 20
Interview mit Jonas Bechtold, M.A.	S. 24

Mach mit!

Schreib eine Mail an politicum@fs-sozpol.de, wenn du auch einen Artikel schreiben möchtest,

Wir freuen uns auf dich!

3 Kommentar

Der deutsche Völkermord an den Herero und Nama	S. 14
---	-------

FS SozPol 4

Vorwort	S. 4
Impressum	S. 26

Du bist die Fachschaft!

Du hast eine Frage, aber weißt nicht, an wen Du Dich wenden kannst?

Du hast Kummer und Sorgen?

Dann wende Dich an uns!

Wir sind für dich da!

Du kannst uns ganz einfach erreichen:

- per E-Mail an sprechstunde@fs-sozpol.de
(werden ein bis zwei Mal die Woche abgerufen & beantwortet)
- bei [facebook](#) oder per Nachricht auf unserem [Instagram-Profil](#)
- per Post (Fachschaft Politik und Soziologie, Am Hofgarten 15, 53113 Bonn)

Solltet ihr trotzdem persönlichen Gesprächsbedarf haben oder aus bestimmten Gründen euer Anliegen lieber persönlich mit uns besprechen, dann könnt ihr uns auch eine Nachricht schicken und wir machen einen Zoom-Termin mit euch aus!

MACH MIT

und komm zu unseren Sitzungen immer **Mittwochabends 20:00 Uhr ct. im großen Übungsraum in der Lennéstraße 27**

Liebe Lesende,

Seit der letzten Ausgabe des Politicums ist ziemlich viel passiert.

Die „Ära Merkel“ ist geendet, genauso wie die Große Koalition. Die Corona Pandemie war zwar schon bei unserer letzten Ausgabe im vollen Gange, aber hat uns noch viel länger beschäftigt und wird es vermutlich auch weiterhin tun.

Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine erleben wir wieder einen Krieg mitten in Europa, Waffenlieferungen und sogar Diskussionen über die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Parallel gingen in ganz Deutschland tausende Menschen aus Solidarität mit der Ukraine auf die Straße. Bundeskanzler Olaf Scholz sagte „Wir erleben eine

Zeitenwende“, ein Begriff welcher von etlichen Medien übernommen wurde und die aktuelle Zeit gut zu beschreiben scheint. Deshalb fragen wir uns in dieser Ausgabe „Ist das eine Zeitenwende?“ und „Was bringt sie wirklich für Wechsel mit sich?“

Unsere Autor:innen in dieser Ausgabe beschäftigen sich mit der Klimapolitik der Ampel und was wir von der neuen Regierung alles erwarten können.

Außerdem geht es um digitale Kommunikation von Politiker:innen, Julian Assange und den Umgang mit dem deutschen Kolonialismus. Im „Ohne Worte Interview“ stellt sich Marcel Turlach M.A. unseren Fragen und ver-

rät, wie sein Gesicht beim Begriff „Zeitenwende“ aussieht.

Außerdem haben wir in dieser Ausgabe ein Interview mit Jonas Bechthold M.A. für euch, in dem wir mit ihm über den westfälischen Frieden und seine Bedeutung in der heutigen Zeit sprechen.

Leider ist diese Ausgabe ein wenig „dünner“ als sonst. Deshalb brauchen wir EUCH! Wenn ihr Lust habt euch redaktionell auszuprobieren oder einen Text zu schreiben meldet euch gerne unter politicum@fs-sozpol.de

GaLiGrü

David & Judith



DAVID SCHÖNGARTH



JUDITH REUBER

Hey du,



freut uns sehr, dass du hier bist und dich in unser schönes Politicum verirrt hast.

Wir freuen uns sehr auf ein Semester zurückblicken zu können, in dem wir uns nicht nur jeden Tag in Schlafanzug vor den Bildschirm gesetzt haben, sondern Veranstaltungen besuchen konnten, alte und neue Gesichter wiederzusehen, unterwegs zu sein und das zu erleben, was das letzte Jahr nur erschwert möglich war.

Wir hoffen ihr seid gut und gesund durch das Semester gekommen. Die Semesterferien

sind nun bald leider wieder zu Ende! Leider?!- nicht ganz; Wir freuen uns tierisch die neuen Erstsemester im Oktober zu begrüßen und auf ein wei-

teres Semester mit euch, Weihnachtsfeier, fette Partys, Halloween, politischen Debatten etc. Eine kleine Arbeitsgruppe der Fachschaft hat hier allerlei Texte gesammelt und eine kleine Zeitschrift zusammengestellt.

Fachschaft? Das bist du und alle anderen Studierenden! Wir vertreten eure Interessen und setzten uns für eure Belange gegenüber dem Institut und der Hochschulpolitik ein. Dazu gibt es jeden Mittwoch eine Sitzung, in der wir nicht nur die Ersti Wochen planen, sondern auch Veranstaltungen für die ganze Studierendenschaft auf die Beine

stellen, wie zum Beispiel, Partys, Feste, Podiumsdiskussionen, Lesungen und Vorträge, oder eben das Politicum.

Falls du Fragen hast, Probleme oder Herausforderungen auftauchen, egal was ist, sprich, schreib und ruf uns jederzeit gerne an wir sind für dich da und helfen dir gerne weiter.

Wenn du Lust hast mal bei der Fachschaft reinzuschnuppern und Bspw. Beim Politicum mitzumachen oder einfach nur mal mit uns ein Bierchen zu trinken, dann komm gerne zu unseren wöchentlichen Sitzungen, immer Mittwochsabends 20:00 Uhr ct. im großen Übungsraum in der Lennéstraße 27.

Wir wünschen dir viel Spaß beim Lesen!

Ganz liebe Grüße,

Charly und Luca

Vorsitz der Fachschaft für Politik und Soziologie der Universität Bonn

NRW - Erste klimaneutrale Industrieregion Europas?

Ein grober Überblick, was auf uns zukommt

von **Jonas Baumann**

Am 27.06. unterzeichneten Hendrik Wüst (CDU) und Mona Neubaur (Grüne) ihren Zukunftsvertrag. Folgt man diesem, werden es bewegte Jahre für unser Bundesland. Neben dem Wahlrecht ab 16 hat man sich zusätzlich zu den Vorgaben, bis zu 10.000 neue Lehrkräfte und jährlich bis zu 3000 neue Polizeibeamte einstellen zu wollen, ein weiteres ehrgeiziges wie notwendiges Ziel gesetzt: NRW soll die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden. Wie dies zumindest theoretisch schaffbar ist, wird im Koalitionsvertrag versucht aufzuzeigen.

Weniger Bürokratie, mehr Geld für den Klimaschutz

Bis 2030 soll die Landesverwaltung NRW klimaneutral sein. Dabei wurde auch während der Pandemie klar, ein erster wichtiger Schritt ist, den Bürgern und Verwaltungen nicht unnötig bürokratische Steine in den Weg zu legen. Das haben CDU und Grüne scheinbar erkannt. So werden Optimierung, Digitalisierung, Standardisierung, Automatisierung und der Ab-

bau von Bürokratie an diversen Stellen genannt. Die Finanzpolitik des Landes soll über das Klimaschutzgesetz insgesamt weiter auf den Klimaschutz ausgerichtet werden. Staatliche Förderprogramme werden sich in Zukunft beispielsweise einem Klima-Check unterziehen müssen, in dem die Vereinbarkeit mit Klimazielen und Klimafolgenanpassung überprüft werden muss. Verbraucherzentralen, besonders im Bereich der Energie- und Wärme-Einsparpotenzial-Beratung, sollen gefördert werden. Auch die unter anderem zu diesem Zweck gegründete Landesgesellschaft NRW Energy4Climate erhält ein höheres Budget zur Vernetzung von Kommunen und Unternehmen in Klimaschutzfragen. Den Kommunen wird grundsätzlich mehr finanzielle Unterstützung beim Klimaschutz zugesagt. Dazu will die neue Regierung Richtlinien anpassen und mögliche Direktzuweisungen an die kommunalen Haushalte prüfen. Gleichzeitig soll ab 2023 auf eine flächendeckende Verfügbarkeit kommunaler Wärmepläne als Instrument für den Aufbau eines

nachhaltigen Wärmenetzes hingearbeitet werden.

Mit Solar- und Windkraft-Offensive zur Energiewende

Neben der Wärmewende die vielleicht größte Hürde ist die Energiewende und das Ziel der Energiesouveränität. Hier bleibt nicht nur, wie die Energie für Bevölkerung und energieintensive Wirtschaft nachhaltig produziert wird, sondern auch, wie sie gespeichert und verteilt werden soll, fraglich. Die neue Regierungskoalition setzt dabei vor allem auf das Potenzial digitaler Netzsteuerung und -überwachung, sowie den Ausbau der (digitalen) Infrastruktur, sodass Verbraucher in Zukunft einfacher gleichzeitig als Erzeuger fungieren und in das Netz einspeisen können.

Neben Faktoren, wie Grubengas, Geothermie und Wasserkraft, fokussiert man sich vor allem auf Solar- und Windenergie. So will man in den nächsten fünf Jahren über 1000 neue Windkraftanlagen in NRW bauen. Dazu will man von pauschalen Abstandsregelungen zu Kommunen ab-

sehen und stattdessen prüfen, inwieweit die Akzeptanz von Windkraftanlagen durch Beteiligung der Standortgemeinden erhöht werden kann. Die Genehmigung soll jedoch den Bezirksregierungen anhand der Landes- und Regionalplanung zukommen, sodass die Kommunen selbst bei der Steuerung der Windkraft ausgenommen sind. Auch das Potenzial der Photovoltaik soll bestmöglich ausgeschöpft werden. Ziel ist, jedes geeignete Dach zu nutzen. Deswegen soll eine Solarpflicht kommen, die gestückelt für Dächer von Landesliegenschaften, gewerblichen Bauten und Privathäusern zuerst bei Neubau und anschließend auch bei umfassenden Dachsanierungen greift. Für Privatpersonen beginnt diese bei Neubauten ab Januar 2025 und bei Sanierungen ab 2026.

Herausforderung: klimaneutrale Industrie

Sollte dies ähnlich wie geplant funktionieren, erscheint ein vorgezogener Kohleausstieg bis 2030, wie angekündigt, möglicherweise realistisch. Ob die neue Regierung dieses Ziel erfüllen kann, wird am Ende stark vom Transformationsprozess in der energieintensiven Wirtschaft, allen voran der Chemie-, Zement- und Stahlindustrie, bestimmt. Dort will das Land mit Beispielen, wie dem Pilotprojekt

„Klimaneutraler Zement“ und einem Institut für Kunststoffrecycling, nachhaltige Perspektiven schaffen. Ein entscheidender Faktor kann dabei Wasserstoff sein, weswegen die Regierung den Technologietransfer zwischen Industrie und Hochschulen sowie klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen will.

Mehr Individualität in der Landwirtschaft, weniger Individualverkehr

In der Landwirtschaft fokussiert man sich besonders auf die Unterstützung der regionalen Wertschöpfung, sowie kleiner und ökologischer Betriebe. Im ÖPNV sollen Tarife günstiger und das Angebot bis 2030 um 60% erhöht werden. Darüber hinaus soll der Neubau von Radwegen gefördert, der von Straßenverkehr wieder mehr auf Schienen verlagert werden. Neben der Vermeidung von karbonisiertem Individualverkehr und der Dekarbonisierung des ÖPNV setzen CDU und Grüne auf die Forschung an alternativen Antrieben. Hier sieht man besonders für den Luftverkehr Poten-



zial und hofft, diesen bis 2040 in NRW klimaneutral realisieren zu können.

Große Ziele, schwierige Zeiten

An ehrgeizigen Zielen mangelt es dem Koalitionsvertrag damit nicht. Fraglich bleibt, wie die Umsetzung trotz aktueller Krisen, abseits des Klimawandels, finanziert und realisiert werden kann. Nicht erst der Fachkräftemangel, die Inflation und die Energiekrise machen daraus eine gesellschaftliche Mammutaufgabe. Nun liegt es an der neuen Regierung, einen klaren Weg vorzugeben. Aber auch wir Bürger sind gefragt. Ein Wandel dieser Größenordnung ist nur gemeinsam zu vollbringen, wenn jeder seinen Teil der Verantwortung, die wir alle für unsere Gesellschaft tragen, übernimmt.

Politik auf 280 Zeichen

Die Verschiebung der politischen Kommunikation in den digitalen Raum

Von **David Schöngarth**

Die Zeiten, in denen man über politische Entscheidungen nur in der Zeitung oder der Tageschau erfuhr und Samstagvormittags in der Fußgängerzone die einzige Möglichkeit hatte, mit Politiker:innen ins Gespräch zu kommen, sind lange vorbei. Die Digitalisierung verändert die Art und Weise der politischen Kommunikation und des Dialogs. Das birgt Chancen, aber auch Gefahren.

Gerade einmal neun Jahre ist es her, dass die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel verkündete, dass Internet sei für alle noch „Neuland“. Und ja: Diese Anekdote ist so ausgelutscht wie Robbie Williams „Angels“ als Rausschmeiß-Song auf Partys, aber der Rückblick ist zu treffend, als dass man ohne ihn auskommen könnte. Für viele (vor allem junge) Menschen war das Internet 2013 kein Neuland mehr, für die Politik aber ganz offensichtlich schon. Dieses Defizit wurde mit einem digitalen Transformationsprozess im letzten Jahrzehnt aufgearbeitet.

Das Internet wird politisch

Das Klischee, dass das Internet

früher nur aus Katzenvideos bestand, ist von der Realität weit entfernt. Dennoch war es lange Zeit kein Hauptschauplatz für politische Kommunikation und Debatten, und wurde stets mit einer gewissen Skepsis beäugt. Von dieser einstigen Skepsis ist längst keine Spur mehr übrig. Es ist heutzutage schwer, sich online politischen Informationen, Diskussionen oder Aktivismus zu entziehen. Jede Partei, jede Behörde, jede:r Politiker:in, jede NGO und jeder Lobby-Verband ist mindestens auf einer der großen sozialen Plattformen vertreten. Hinzu kommen natürlich noch die Medien und eine Vielzahl an Bildungseinrichtungen. 2019 nutzte nach einer Auswertung der Nachrichtenagentur Reuters ein Viertel der 18 bis 24-Jährigen Instagram als Nachrichtenquelle. Die Kommunikationswissenschaftlerinnen Anna Sophie Kümpel und Diana Rieger untersuchten 2020 für die Konrad-Adenauer-Stiftung das Potenzial der Plattform in der politischen Kommunikation: „Kann Instagram auch Politik?“. Sie stellten eine „Lifestyle-isierung“ von Politik auf Instagram fest. Aber nicht nur Instagram ist mittlerweile Ort von politischem

Austausch und politischer Kommunikation. Facebook-Kommentarspalten sind zum Schauplatz erbitteter politischer Auseinandersetzungen geworden und politische Hashtags wie #NieMehrCDU machen auf Twitter die Runde.

Influencer, Politiker oder irgendwas dazwischen?

Sonntag, 10. Juli 2022: Science-Influencer, Verzeihung, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach wendet sich mit einem #Infopost an seine eine Million Follower bei Twitter: „Die Gefahr von #LongCovid wird mega unterschätzt. Wir haben nicht im Ansatz die Therapieplätze dafür. [...]“ Der SPD-Politiker ist eine:r der prominentesten deutschen Politiker:innen auf Twitter, postet mehrmals täglich, sieben Tage die Woche. Zum Vergleich: 2010 war der parteilose Jörg Stauss der meistgefolgte deutsche Politiker auf der Kurznachrichtenplattform. Seine damalige Followerzahl: 11.686.

Für Politiker:innen ist es mittlerweile ein Muss entweder auf Twitter, Facebook oder Instagram vertreten zu sein. Am besten sogar überall. Ein Vizekanzler,

der die Lage der Nation in einem drei-minütigen Video bei Twitter erklärt? Ein Ministerpräsident, der sich mit der Selfiekamera vor der Tankstelle filmt und die hohen Preise kritisiert? Eine Kandidatin für den Bundestag, welche sich im Livestream auf Instagram den Fragen junger Wähler:innen stellt? Das alles ist heute vollkommen normal. Es ist dabei häufig ein schmaler Grat zwischen privater Meinung und Regierungsstatement, zwischen Selbstdarstellung oder ehrlicher Kommunikation.

Politik hautnah

Die Digitalisierung der politischen Kommunikation und Debattenkultur hat viele Vorteile: Nie war es einfacher, sich schnell, unkompliziert, kostenlos und vor allem vielfältig politisch zu informieren. Egal ob aus erster Hand von den Parteien, Behörden oder Politiker:innen selbst oder über die Medien. Auch war es noch nie so leicht wie heutzutage, politisch teilzuhaben, zu diskutieren, mit anderen politischen Lagern in den Austausch zu treten oder Politiker:innen direkt zu kontaktieren.

Mit seinen kurzen, verständlichen Videos in den sozialen Medien, in denen Robert Habeck die aktuelle Situation der Energieversorgung in Deutschland erklärt, zeigt sich der Vizekanz-

ler so nahbar wie kaum einer seiner Vorgänger. Man könnte argumentieren, dass auch die Demokratie von den Entwicklungen profitiert. Schließlich können sich die Verantwortung tragenden Abgeordneten nicht mehr der Öffentlichkeit entziehen, „Shitstorms“ im Netz haben schon die ein oder anderen Karriere gekostet.

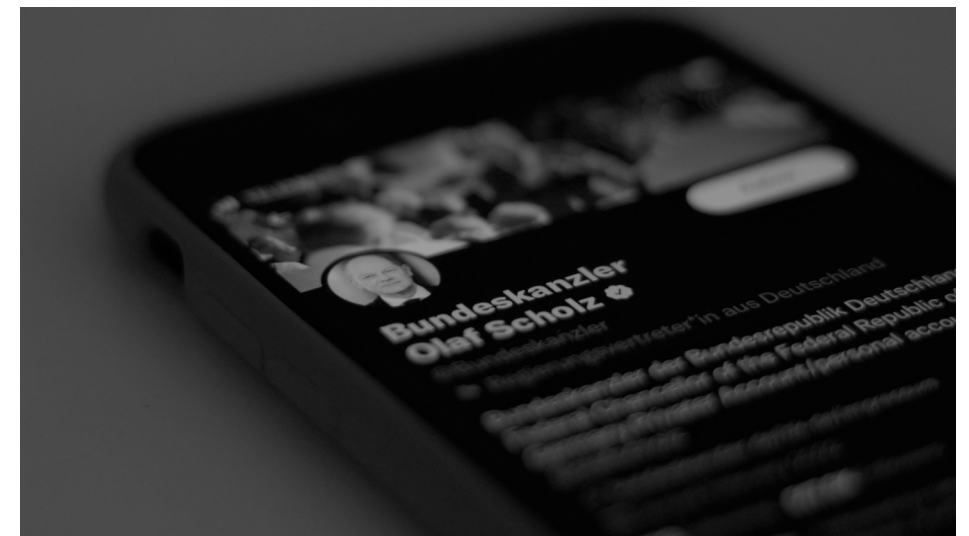
Nicht alles Gold, was glänzt

Andererseits birgt ein solcher Prozess auch Gefahren. Im digitalen Raum, der keineswegs rechtsfrei ist, ist eine Enthemmung von Gewalt und Feindseligkeit erkennbar. Manch einer spricht plump gesagt von der „Verrohung der Diskussionskultur“. Anfeindungen, Rassismus oder Sexismus im Netz wurden lange stehen gelassen, bis der Gesetzgeber die sozialen Medien mehr in die Pflicht nahm.

Eine weitere Gefahr liegt in den Algorithmen der sozialen Medien. Während sich „Algorithmus“

in den letzten Jahren fast schon zu einem Buzzword entwickelt hat, so ist seine Bedeutung im Kontext politischer Kommunikation in den sozialen Medien nicht zu unterschätzen. Viele Plattformen arbeiten mittlerweile mit intelligenten Algorithmen, die den Nutzer:innen bestimmte Inhalte anzeigen bzw. vorschlagen. Eine Studie der Universität Cambridge hat ergeben, dass bestimmte Parteien und politische Lager stärker vom Algorithmus profitieren als andere. In Deutschland sei der Algorithmus vor allem der FDP wohl gesonnen.

Die Verlegung von politischen Debatten und von politischer Kommunikation in den digitalen Raum ist nicht mehr aufzuhalten. Auch wenn sie viele Vorteile mit sich bringt, offenbaren sich immer wieder neue Risiken und Probleme. Und so zeigt sich im Endeffekt: Auch wenn das Internet für uns alle schon lange kein Neuland mehr ist, haben wir im Umgang damit stets dazuzulernen.



The Case for a European Army

Discussions and the history of a shared army

Von **Charles Chitundu**

In March of 2016, soldiers of the 414th Battalion stood up to attention or a routine training exercise in Lohheide, Northern Germany. This was going to be a chant like no other however, because the commander shouted “Wir kämpfen-“, twice – Not once as is typically the case. The battalion’s response to his first shout was “Für Deutschland!” And to the second one “Für die Niederlanden!”.

This collaboration was unique – A battalion comprising both Dutch and German troops under a single command. The Dutch had soldiers but lacked a reputable tank program. Germany on the other hand happens to be a world-renowned tank maker but has largely struggled as far as filling the ranks of the Bundeswehr is concerned, with military service no longer being mandatory.

Could and should such a project be implemented on a larger scale, in the form of a European army? This question has been posed for decades, but now might be the time it takes on a higher level of

importance. The question was rendered irrelevant during the cold war - Intra-European co-operation was rendered largely impossible due to the continent being split into two blocs. For the western European countries, the situation may even have come with economic benefits – in the form of reduced military spending most of all. How should Europe play its cards in the event Pax Americana ceases to exist?

No more status quo

The status quo was always going to change, and it is changing – Primarily because the U.S. are not as keen to play “Global Policeman” as they used to be, as well as the fact that we might be living in a multipolar Globe going forward.

Calls for an army of sorts have been growing in recent years, notably right after escalations in the Ukraine-Russia conflict. After the 2014 Crimean occupation, Jean-Claude Juncker, former prime minister of Luxembourg and then EU chief called for the

establishment of a continental army – A sentiment later echoed by Macron. The idea, although quickly shot down by the British, did gradually lead to larger scale conversations about what such an organization would and should look like.

The Military Planning and Conduct Capability (MPCC) was subsequently formed in 2017 - A permanent operational headquarters involved in the planning of European military operations, albeit involving less than 2500 troops. Too small to be of any consequence in a potential confrontation, but a good start nonetheless.

Logistic issues

A unified defense force will not come without its challenges – The problems with intelligence-sharing most of all.

According to a 2016 Rand study tasked with assessing the capabilities of the French, German and British armed forces (the three biggest, pre-Brexit) in



confronting a Russian attack in the Baltics, all three countries could each need at least a month to send a brigade. This wasn’t just down to a lack of numbers as far as military personnel is concerned. A lack of large military cargo planes meant the process of transporting equipment would take longer than it otherwise should, with Germany and France only possessing twelve A 400’s between them at the time of the study.

This highlights the key role that economic might plays in military affairs. It isn’t so much the case that the E.U. is shrinking in economic ability, more that as developing countries catch up Europe’s economic punch will no longer bear as much power as before, as Statista’s projection below goes to show.

The price of cooperation

In such times, reacting as a combined unit is much more feasible than reacting independently. Calls for a unified army should not be mistaken for calls to exit or sideline NATO – a European army is just as capable of existing within NATO and may allow for swifter and more decisive collaboration.

Perhaps the most immediate benefit of an integrated army also happens to be the biggest hurdle potentially – Cost savings. Europe as a collective happens to be the second biggest spender on defense, accounting for 20 % of the global outlay. Would national governments be willing to scrap excess battalions, and close armament production that a fellow EU member state was better

placed to manufacture? Would military decisions need the vote of all member states, or would a simple majority be deemed enough? There’s also the chance that a government asks for help clamping down on a local insurrection, which could mean deciding whether to go perform operations within a member state.

There might also be a need to come up with a new chant – And last I checked “Wir kämpfen, für Europa!” is free.

Der deutsche Völkermord an den Herero und Nama

Verantwortung und Erinnerung in Vergangenheit und Gegenwart

Von **Marc Schultheiß**

Im Glauben, dass Deutschland ein „Platz an der Sonne“ zustehe, wollte das Deutsche Kaiserreich im Wettlauf der Großmächte ebenfalls ein Kolonialreich aufbauen. Eine dieser Kolonien war das heutige Namibia, in dem die Deutschen von 1884 bis zum Ersten Weltkrieg herrschten.

Die Vertreibung der indigenen Völker, der Herero und Nama, von ihrem Land und die von der deutschen Verwaltung forcierte Rassentrennung führte zum Aufstand beider Völkergruppen.

Der Kolonialherr griff strikt durch und beauftragte den preußischen General Lothar von Trotha mit der Niederschlagung der Revolte. Nach dem sog. „Vernichtungsbefehl“ ging der deutsche Kolonialherr zunehmend dazu über, Herero, die sich im Kolonialterritorium befanden, zu erschießen. Gefangene wurden sofort exekutiert und man „nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu Ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen.“ Die Nama wurden

in die Wüste getrieben und der Zugang zu Wasserquellen wurde ihnen verwehrt. Angehörige beider Volksgruppen wurden im Anschluss in Konzentrationslagern interniert, die die Hälfte der hier Untergebrachten nicht überlebten.

Während die Bundesrepublik bezüglich der NS-Vergangenheit spätestens ab den 1980ern eine äußerst weitreichende Erinnerungspolitik betrieb, wurde das Thema der kolonialen Vergangenheit, besonders aber des Völkermords in Namibia, wenig beachtet. Die Thematisierung im Unterricht erfolgt meist — wenn überhaupt — unzureichend, die Thematik ist in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht Teil des kollektiven Gedächtnisses. Tausende geraubte Kulturgüter aus Afrika befinden sich in deutschen Museen, während dutzende Straßen weiterhin nach kolonialen Orten oder Personen benannt sind, die Kriegsverbrechen in den deut-

schen Kolonien begingen.

Die Anerkennung des Völkermordes

Während sich die Bundesregierung 2004 von einer Entschuldigung der damaligen Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeuls noch distanzierte, begannen jedoch 2015 die Gespräche mit der namibischen Regierung um Wiedergutmachung (der Begriff „Reparationen“ wird von der Bundesregierung bis heute abgelehnt). Kurz vor Ende der letzten Legislaturperiode erzielten die Diplomaten einen Durchbruch und verkündeten Ende Mai 2021 die Ergebnisse der Verhandlungen: Deutschland erkennt die Vergehen seines kaiserlichen Vorgängerstaates an und verpflichtet sich zu zusätzlicher Aufbau- und Entwicklungshilfe von 1,1 Milliarden Euro, die in den kommenden 30 Jahren gezahlt werden sollen.

Gegen die Verhandlungen und die ausgehandelten Bedingungen gibt es rege Kritik. Neben der Summe, die für viele zu gering angesetzt ist, betrifft dies vor allem die Verhandlungsteilnehmer:innen, da vornehmlich mit der namibischen Regierung verhandelt wurde und diese die sie beratenden Gremien selbst auswählte. Sprich Geld kommt bei den Herero und Nama nur an, wenn die Regierung dem zustimmt. Dies scheint eine düstere Prognose für die Hinterbliebenen zu sein, da diese bis heute ihr einst geraubtes Land nicht einmal zurückerhalten haben. Viele Angehörige der Herero und Nama fühlen sich übergangen und reichten in New York eine internationale Sammelklage gegen Deutschland ein, die allerdings abgelehnt wurde. Dem entsprechend empfinden gerade die Nachkommen der Hinterbliebenen des Völkermordes die deutsche Entschuldigung als unauthentisch und sich von der eigenen Regierung verraten.

Was plant die Ampel?

Im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung werden der kolonialen Erinnerungspolitik zehn Zeilen gewidmet. Hier geht es vor allem um die Rückgabe, vertiefte Kooperation und Provenienzforschung bezüglich Raubkunst. Pläne zu einem „Konzept

für einen Lern- und Erinnerungsort Kolonialismus“ bleiben genau nebulös wie die anvisierten Partnerschaften zwischen Europa und Afrika. Immerhin soll der Kolonialismus wissenschaftlich transparent aufgearbeitet werden. Alles in allem zeigt sich aber, wie in Koalitionsverträgen üblich, nur wenig Ablesbares für eine präzise Gestaltung einer neuausgerichteten Erinnerungspolitik. Einen ersten Schritt Richtung Dekolonisierung dürfte das am 01. Juli 2022 ratifizierte Abkommen mit Nigeria darstellen, bei dem die Benin-Bronzen in deutschem Besitz „bedingungslos“ zurückgegeben sollen, wenn gleich vereinbart wurde, dass diese als Leihgaben weiter in deutschen Institutionen ausgestellt werden dürfen.

Ausblick

Eine Prognose abzugeben, wie sich die postkoloniale Erinnerungspolitik bis 2025 entwickelt, gestaltet sich schwierig. Sicherlich ist insgesamt aber keine wirkliche Revolution in diesem Bereich in Sicht, zumal die Thematik in weiten Kreisen der Bevölkerung als nicht drängend oder gar irrelevant emp-



funden wird. Akzente in diese Richtung sind vor allen Dingen von den Grünen zu erwarten, die im Vorfeld der Wahl den größten Fokus der drei Parteien auf diesem Gebiet gelegt hatten. Vor allem durch öffentliche Debatten (Beispiel Straßenumbenennungen bzw. Dekolonialisierung öffentlicher Räume) scheint das Thema am ehesten präsent zu werden. Ob die Anerkennung des Völkermords zu einem tiefgreifenden und erinnerungskulturellen Wandel in der breiten Öffentlichkeit führt, erscheint in naher Zukunft jedoch fraglich.

„Aber wir haben (hatten) doch eine Kanzlerin“

Von Hosenanzügen und Kinderbetreuung

Von **Judith Lea Reuber**

Als Bushido 2018 bei Sandra Maischberger über politische Korrektheit und Gendern diskutierte, sagte er das sei alles Quatsch – wir hätten seit 13 Jahren eine Frau an der Spitze. Dieses Argument hat er nicht als Erster vorgebracht und bestimmt auch nicht als Letzter. Frauenquote, geringer weiblicher Anteil in Führungspositionen, Frauen haben es schwerer nach oben zu kommen? Angela Merkel schien vier Legislaturperioden lang das Gegenargument zu allen diesen Streitpunkten zu sein. Dabei äußerte sich die erste Bundeskanzlerin Deutschlands kaum feministisch und ihre Wahlsiege sagen sehr wenig über die Situation von Frauen in Deutschland aus.

Die Feder des Feminismus

Als „Kohls Mädchen“ zur Bundestagswahl antrat, wurde einerseits aus feministischen Kreisen dafür geworben, Merkel aufgrund ihres Geschlechts zu wählen. Gleichzeitig wurde ihr unter

anderem von der ZEIT abgesprochen weiblich zu sein, da sie keine Kinder hatte. Auch sie selbst inszenierte sich in ihren Wahlkämpfen nicht als Politikerin der Frauen: Sie räumte zwar ein, auch Politik für Frauen machen zu wollen, wollte aber nicht aufgrund ihres Geschlechts gewählt werden. Außer Frage steht, dass eine Spitzenpolitikerin mehr Bereiche abdecken können muss als das Themenfeld Geschlechtergerechtigkeit. Auf dem Frauengipfel 2017 erklärte Merkel, sie wolle sich nicht mit „der Feder schmücken“ und sich selbst nicht als Feministin bezeichnen. Sie begründete das mit der mit der Geschichte des Feminismus und der Tatsache, dass sie ihrer Meinung nach nicht an den Erfolgen der feministischen Bewegung beteiligt gewesen sei. Zum Ende ihrer Amtszeit bekannte sie sich schlussendlich dazu: „Dann bin ich Feministin“ sagte sie während einer Diskussionsrunde im Düsseldorfer Theater. Auch wenn diese Aussage viel Jubel erntete, stellt sie doch eher

eine persönliche Entwicklung Angela Merkels dar. Denn inhaltlich ist die CDU geführte Politik der letzten 16 Jahre wohl eher kein Zeichen für den Sieg des Feminismus über das Patriarchat; genauso wenig wie die Tatsache, dass die Kanzlerin eine Frau ist.

Wie viele Kinder sollte eine Kanzlerin haben?

Mit Olaf Scholz ist wieder ein Mann Bundeskanzler geworden. Auch das Geschlecht dieser Einzelperson verrät uns eher weniger über den Status der Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland. Vielmehr bleibt es interessant zu beobachten, wie die neue Regierung sich dem Thema annimmt und was in vier Jahren passiert sein wird. Bisher lässt sich darüber nur spekulieren. Vielleicht bleibt Scholz Kanzler, vielleicht wird es ein anderer Mann, eine andere Frau, vielleicht Annalena Baerbock. Während Angela Merkel wegen ihrer Kinderlosigkeit nicht als „richtig“ weib-



lich galt, sprach man Annalena Baerbock ab eine gute Kanzlerin werden zu können, schließlich habe sie ja kleine Kinder zuhause. Wie Deutschlandfunk Kultur kommentierte ist es ein Volkssport geworden auf Fehltritte von Kanzlerkandidat:innen zu warten, bei weiblichen Kandidierenden umso mehr. Die Stereotypenforschung beobachtet, dass Wähler:innen bestimmte Vorstellungen davon haben welche Charaktereigenschaften Frauen und Männer haben und davon abhängig machen, wem sie die Kompetenz zuschreiben welche Probleme lösen zu können. Die Einteilung überrascht wenig: Wärme, Sensibilität und Mitgefühl sind weiblich konnotiert während Männer als selbstbewusst, durchsetzungsfähig und aggressiv gelten. Damit sind auch die Ressorts verteilt: Mili-

tär ist „Männersache“, genauso wirtschaftliche Themen und Sicherheit. Für Frauen bleiben Erziehung, Gesundheit, Armut, die Arbeit mit alten Menschen und Pflege. Männlichen Personen werden mehr Attribute in der Problemlösung und damit der Fähigkeit, eine Regierung zu führen zugeschrieben.

Hosenanzug als Machtkostüm und Anpassung

Angela Merkel trat fast nur im Hosenanzug auf. Davon scheint sie etliche Varianten in allen denkbaren Farben in ihrem Kleiderschrank zu haben. Und damit ist sie nicht allein, auch Hillary Clinton kleidet sich gerne so. Vor Merkels erster Kandidatur wurden viele ihrer modischen „Fehler“ breit kritisiert. Mit ihrem Amtsantritt als Kanzlerin trat dieses Thema eher in den Hintergrund. Wenn 50 Männer bei einem politischen Treffen den gleichen schwarzen Anzug tragen und dazwischen Angela Merkel in einem grünen Hosenanzug steht, dann geht die Kanzlerin nicht unter und passt sich trotzdem an. Durch ihre Mode rückt ihr Geschlecht in den Hintergrund. Annalena Baerbock musste sich im Wahlkampf auch modisch von Merkel abgrenzen:

Sie ist jünger, tritt offen als Feministin auf und steht teilweise auch für eine andere Form von Weiblichkeit. Ähnlich wie die junge Merkel wurde sie in ihrem Wahlkampf mit sexistischen Anfeindungen konfrontiert und oft als inkompetent abgestempelt. Sie sei den kommenden Aufgaben nicht gewachsen; wie sollte sie denn neben einem Mann wie Putin agieren? Fast ein Jahr nach der Bundestagswahl scheinen sich diese Befürchtungen erledigt zu haben. Vielmehr wird deutlich, dass ein feministischer Aspekt in der Außenpolitik diese verbessern kann. So wirkt es zumindest, als Baerbock Merz erklärt, dass feministische Außenpolitik kein „Gedöns“ sei, sondern Frauen vor Gewalt schütze.

„Aber wir haben doch eine Kanzlerin“ ist kein Indiz für den Status von Geschlechtergerechtigkeit. Vielmehr verrät uns die Selbstinszenierung von Politikerinnen und ihre Wahrnehmung in Medien und Bevölkerung welche Werte in uns verankert sind, wen wir für kompetent halten und wo Vorbilder gebraucht werden.

Der Fall Assange

Eine dringliche Mahnung

Von **Jonas Baumann**

Julien Assange hat mit den Enthüllungen auf seiner Plattform Wikileaks viele Menschen schockiert. Besonders die NSA-Affäre und das Aufdecken von Kriegsverbrechen bei Auslandseinsätzen hat westliche Staaten und Geheimdienste an vielen Punkten bloßgestellt. Zwölf Jahre lang wurde er verfolgt. Nun bleibt ihm, nachdem das britische Innenministerium im Juni den Weg frei gemacht hat, eine letzte Berufungsinstanz vor der Auslieferung an die USA. Dabei zeigt ein genauerer Blick: Nicht nur die Enthüllungen auf Wikileaks, sondern auch die Hintergründe seiner Verfolgung, treiben tiefe Furchen in die Fassaden westlicher Rechtsstaaten.

Krieg gegen den Terror?

2006 gründete Assange Wikileaks. Die dort geleakten Dokumente legen unter anderem nahe, dass Auslandseinsätze von NATO-Mitgliedern, besonders in Afghanistan und im Irak, weniger mit westlichen Werten und verbrecherischen Handlungen der dort ansässigen Regierun-

gen und Terrorgruppen, als mit geostrategischen Interessen verbunden waren.

Im Verlauf des Jahres 2010 wurden auf Wikileaks mit dem Afghan war diary und den Iraq war logs tausende, vor allem amerikanische Dokumente veröffentlicht. Sie sollen Kriegsverbrechen, darunter die systematische Folter von Zivilist:innen, belegen. Besonders das im April veröffentlichte Video Collateral Murder, indem die Tötung irakischer Zivilist:innen und zweier Reuters-Journalisten sowie die zugehörige Korrespondenz zwischen der amerikanischen Helikopter-Besatzung gezeigt wird, brachte diese Schrecken auf eine desillusionierende Weise nahe.

Ein hoher Preis für die Wahrheit

Dennoch wurden nach den Enthüllungen gerade nicht die Verantwortlichen, sondern die Offenlegenden, verfolgt und teils verurteilt. Die ehemalige amerikanische Nachrichtendienst-Mitarbeiterin Chelsea Manning,

die entscheidende Informationen an Assange und Wikileaks weitergab, hätte ohne das Zutun von Reporter ohne Grenzen und des damaligen US-Präsidenten Obama, eine Haftstrafe von 35 Jahren wegen Diebstahls und Spionage absitzen müssen. Insgesamt hat sie bis dahin schon knapp sieben Jahre ihres Lebens in Haft verbracht und musste auch darüber hinaus, den Einfluss der amerikanischen Justiz und Geheimdienste erfahren. Dabei sah Manning sich nach eigenen Angaben erst gezwungen, Informationen, wie die Aufnahmen aus dem amerikanischen Helikopter, auf illegalem Wege zu leaken, als die Nachrichtenagentur Reuters mit dem Antrag auf Offenlegung über den Freedom of Information Act scheiterte.

Verschwörung der Rechtsstaaten

Gegen Assange wird in Schweden im August 2010, kurz nach der Veröffentlichung des Afghan war diary, ein Verfahren wegen eines Sexualdelikts eingeleitet aber ebenso schnell wieder ein-

gestellt. Nach der Enthüllung der Iraq war logs im Oktober, wird der Wikileaks-Gründer im darauffolgenden Dezember, auf Grund neuer Vorwürfe aus Schweden, in London verhaftet.

Folgt man dem UN-Sonderberichterstatter für Folter Nils Melzer, befinden wir uns hier am Anfang eines Krimis, der sich bei genauerem Hinsehen in einen hollywoodreifen Politthriller entwickelt. In einem Interview mit dem Magazin Republik erklärt Melzer, der fließend schwedisch spricht und die Vorgänge dort untersucht hat, dass es nahezu zwingenden Anlass dafür gäbe, die Vorwürfe gegen Assange als konstruiert zu bezeichnen. Die Aussage der vermeintlichen Anklägerin, die nachweislich von Polizeibeamt:innen umgeschrieben wurde und ursprünglich keine Anzeige eines Sexualdeliktes enthielt, der E-Mail Verkehr zwischen dem englischen Crown Prosecution Service und der schwedischen Staatsanwältin Marianne Ny, die kurz davor stand das Verfahren gegen Assange einzustellen und aufgefordert wird, keine kalten Füße zu kriegen, sowie die wiederholte Ablehnung einer Stellungnahme Assanges zu den Vorwürfen sprächen unter anderem dafür. Darüber hinaus sei das Vorgehen der englischen Behörden in keinem Maße verhältnismäßig und verstoße grob gegen UN-Standards, sodass Assange

Anzeichen psychologischer Folter gezeigt habe. Spätestens die schnelle Einstellung des Verfahrens in Schweden in Folge direkter Nachfrage Melzers sowie die mangelnde Bereitschaft der Regierung, ihm Rede und Antwort zu stehen, seien Belege für das bewusst unrechtmäßige Handeln der staatlichen Akteure. Für ihn ist klar: „Vier demokratische Staaten schliessen sich zusammen, USA, Ecuador, Schweden und Grossbritannien, um mit ihrer geballten Macht aus einem Mann ein Monster zu machen, damit man ihn nachher auf dem Scheiter haufen verbrennen kann, ohne dass jemand aufschreit. Der Fall ist ein Riesen skandal und die Bankrott erklärung der westlichen Rechts staatlichkeit. Wenn Julian Assange verurteilt wird, dann ist das ein Todes urteil für die Pressefreiheit.“

Eine demokratische Verantwortung

Auch wir als Öffentlichkeit stehen dabei in der Verantwortung, unsere Repräsentant:innen in der Ausübung der ihnen übertragenen Macht zu kontrollieren und Transparenz einzufordern – „Wenn wir das nicht verlangen, werden wir unsere Rechte über kurz oder lang verlieren“, fürchtet der UN-Sonderberichterstatter.

Wie man die Enthüllungen und Hintergründe der Verfolgung nun für sich selbst bewerten mag, sie sollten uns zu kritischer und standhafter Aufmerksamkeit ermahnen. Ohne mutige und ehrliche Menschen, die sie ans Licht bringen, bleiben Verbrechen verborgen und folgenlos. Damit die Offenlegung für die Verantwortlichen nicht ebenso folgenlos bleibt, müssen wir den Journalist:innen und Whistleblower:innen dieser Welt den Rücken stärken und für die Einhaltung unserer demokratischen Prinzipien eintreten.



Ohne Worte

mit Marcel Turlach M.A.

Von **Judith Lea Reuber**



1. Sie haben in Kiel, in Budapest und an der Uni Bonn studiert, was ist Ihnen vom Studierendenleben am meisten im Gedächtnis geblieben?



2. Welches Buch sollte Ihrer Meinung nach jede:r gelesen haben?



3. Was machen Sie am liebsten in Ihrer Freizeit?



4. Ihr Gesichtsausdruck, wenn sie Studierenden aus den höheren Semestern Methoden erklären müssen?



5. Was bereitet Ihnen am meisten Freude bei Ihrer Arbeit?



6. Ihr Lieblingsort in Bonn?



7. Ihr Gesichtsausdruck, wenn Sie den Begriff Zeitenwende hören?



8. Wenn sie nicht Dozent und Forscher wären, was wäre ihr alternativer Berufswunsch?

Was können wir wirklich von der Ampel-Koalition erwarten?

Eine Zwischenbilanz zu den Vorhaben und Schwierigkeiten der Ampel Koalition

Von **Theresa Teeke**

Am 24.11.2021 veröffentlichte die neue Regierung, bestehend aus SPD, Grünen und FDP, auf 175 Seiten ihren Koalitionsvertrag. Unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ will die Ampel Koalition in ihrer Regierungszeit bis 2025 maßgebliche Veränderungen in den drei genannten Bereichen auf den Weg bringen. Insbesondere bei jungen Menschen kommt dieser Vertrag gut an: Die Parteien wollen u.a. Cannabis legalisieren, mehr Transparenz innerhalb der Politik sowie Digitalisierung in allen Lebensbereichen. Auch die Klimapolitik soll in den Fokus rücken, ein Festhalten am Pariser Klimaabkommen aus dem Jahre 2017 ist ein zentrales Anliegen der neuen Regierung. Doch was können wir wirklich von der neuen Koalition erwarten?

Die Parteien bleiben bei ihren jeweiligen Kernthemen

Zunächst fällt auf, dass jede Partei bei ihrem eigenen Stecken-

pferd bleibt. Die SPD konzentriert sich auf die Sozial-, die FDP auf die Wirtschafts- und die Grünen auf die Klimapolitik.

Dieser Fokus sollte jedoch nicht als einschränkend betrachtet werden, da ein Festhalten an den Kernkompetenzen notwendig für das Funktionieren einer solchen Koalition ist. So fordert die SPD beispielsweise einen höheren Mindestlohn, die FDP eine Einhaltung der Schuldenbremse und die Grünen den Kohleausstieg. Nichtsdestotrotz lassen sich auch Ziele im Koalitionsvertrag finden, die nur wenig mit der Realität zu tun haben. So wollen die Parteien zum Beispiel „bis 2030 Obdach- und Wohnungslosigkeit (...) überwinden“. Unter Anbetracht der seit 2010 stetig steigenden Zahlen von Obdachlosen in Deutschland (von 248.000 im Jahre 2010 auf 680.000 im Jahre 2018, Schätzung des BAGW), die nicht zuletzt der starken Inflation und des knappen Wohnangebots insbesondere in Großstädten geschuldet sind, scheint dieses

Ziel nahezu utopisch. Die Corona-Pandemie wird diese prekäre Lage in den vergangenen zwei Jahren erneut verschärft haben. Wie die Regierung gegen diese negative Entwicklung vorgehen will, bleibt fraglich.

Probleme bei zukünftigen Entscheidungen könnten außerdem durch die allgemein gegensätzlichen Grundsätze entstehen. So sprechen sich SPD und Grüne klassisch für „mehr“ Staat aus, während der liberale Grundsatz der FDP das selbstständige Handeln des Individuums fördern will. Hiervon musste die FDP jedoch abrücken: Im Koalitionsvertrag sprechen die Parteien von staatlichem Handeln, dass wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationsprozesse befördern soll. Außerdem spricht sich die FDP gegen eine Impfpflicht aus, von der die anderen beiden Parteien jedoch nicht abgeneigt zeigen. Diese allgemeine Impfpflicht konnte in den letzten Monaten jedoch nicht realisiert werden, da es ihr an einer Mehrheit im Parlament fehlte. In der

Corona-Politik konnte sich in den vergangenen Monaten somit vor allem die FDP durchsetzen.

Fortschritt auf gesellschaftspolitischer Ebene

Vor allem in gesellschaftspolitischer Hinsicht scheint die Ampel ihrem Vorsatz „Mehr Fortschritt wagen“ bislang mehr als gerecht zu werden. So wurde innerhalb ihrer ersten Regierungsmonate bereits der Paragraph 219a, der es Frauenärzt:innen untersagt, für Schwangerschaftsabbrüche zu werben, abgeschafft.

Nach der Aufhebung des allgemeinen Blutspendeverbots für homosexuelle Männer 2017 wurde die geforderte Enthaltsamkeit zum Blutspenden kurz vor dem Regierungsantritt der Ampel Koalition bereits auf vier Monate gesenkt, allerdings will die Ampel-Koalition, durch Grüne und FDP vorangetrieben, diese Diskriminierung homosexueller Männer weiter abbauen. Auch die juristische Anerkennung beider Mütter bei der Geburt eines Kindes innerhalb einer lesbischen Beziehung soll bald vollzogen werden. – Alles Themen, die vor allem der jüngeren Generation ein Anliegen sind und Reformen, auf die man unter der Großen Koalition vergeblich gewartet hat.

Ist die neue Ampel Koalition

bislang also ein Erfolg? So leicht lässt sich diese Frage leider nicht beantworten. Zwar wirbt die Koalition mit vielen „bahnbrechenden“ Reformen, doch zum Beispiel der Vorsatz, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken und

somit jungen Menschen in der Politik mehr Mitspracherecht zu gewährleisten, ist nicht so leicht umsetzbar: Um das Wahlalter zu senken, muss zunächst das Grundgesetz verändert werden, wofür eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist – welche die Ampelkoalition allein nicht hat.

Hürden bei der Klimapolitik

Annalena Baerbock bezeichnete die neue Regierung als „Fortschrittskoalition“, allerdings haben sich insbesondere bei der Klimapolitik viele Menschen mehr erhofft: Der Kohleausstieg wird mit dem Zusatz „idealerweise“ auf 2030 datiert, was zugleich den wichtigsten Vorsatz mit der schwierigsten Formulierung darstellt. Hierbei spielen natürlich viele verschiedene Faktoren mit ein, wie z.B. eine passende Infrastruktur. Nichtsdestotrotz war der Kohle-



ausstieg die wichtigste Forderung der Grünen, die aufgrund des stetig voranschreitenden Klimawandels auch dringend notwendig ist. Noch im Wahlkampf forderten die Grünen, dass Deutschland beim Kampf gegen den Klimawandel als Vorreiter fungieren sollte. Das Ziel der Klimaneutralität setzt die Ampel zudem ähnlich wie die ehemalige Große Koalition auf 2045 an. Auch ein Tempolimit wird unter dieser Regierung mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht eingeführt werden, da sich u.a. die FDP vehement dagegen weigert. In puncto Klimapolitik ist bei dem aktuellen Koalitionsvertrag also noch deutlich Luft nach oben.

Ein Blick Zurück - Die Geschichte der Diplomatie als Vorbild für zukünftige Friedensordnungen?

Interview mit Jonas Bechtold, M.A.

Von **Ruben Schotte**

Die Jahre 2014/2015 stellen könnte man als Epochenjahr bezeichnen „Epochenjahr“ dar. Die sogenannte „Flüchtlingskrise“, das Pariser Klima-Abkommen und die Proteste auf dem Maidan. Politik war plötzlich hautnah zu erleben, das Bild, dass in Europa nie wieder Krieg herrschen würde bekam Risse. Spätestens seit dem 24. Februar 2022 ist das nochmal verdeutlicht worden. Durch die russische Invasion in der Ukraine wurden das internationale Völkerrecht und gängige Regeln des zwischenstaatlichen Austausches so in Frage gestellt, dass eine Rückkehr zur „alten Ordnung“ nach dem Kalten Krieg schwer vorstellbar erscheint. Macht es in diesem Kontext Sinn, sich mit historischen Friedensschlüssen zu befassen? Was können wir für heute lernen? Darüber haben wir mit Jonas Bechtold, M.A. gesprochen. Er ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften und am Institut für Historische Friedensforschung der Uni Bonn und promoviert zu deutsch-englischen Beziehungen im 16. Jahrhundert. Dazu gehört auch der Westfälische Friedenskongress. Dieser Kongress beendete nach fünfjähriger Verhandlung von 1643-1648 den Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) und trug maßgeblich dazu bei, dass in Europa konfessionelle Spaltungen und Konflikte entschärft und so weitere (Religions-)kriege bis auf Weiteres verhindert wurden. Vor allem im Kontext des Syrienkriegs wurde dieser Friedensschluss als historisches Vorbild diskutiert.

Herr Bechtold, ein Land überfällt in urzeitlich-machtpolitischer Manier unter konstruierten Gründen ein Anderes. Eine eklatante Missachtung des Völkerrechts, aber auch der regelbasierten internationalen Ordnung. Monate im Vorfeld wurde verhandelt, telefoniert, Austausch auf allen Kanälen. An absurd langen und auch kurzen Tischen wurden Fotos aufgenommen, nur damit am Ende doch angegriffen wurde. Wie viel Schaden hat die Diplomatie und auch das Vertrauen in diplomatische Beziehungen genommen?

Aus Sicht der vormodernen historischen Friedensforschung ist die Diplomatie nicht per se ein Friedensmittel und wir sehen jetzt, dass Diplomatie auch genauso gut Krieg vorbereiten kann. Was häufig im politischen Diskurs auffällt, ist die explizite Unterscheidung zwischen militärischen und diplomatischen Mitteln. Jedoch sind Krieg und Diplomatie grundsätzlich kein Gegensatz. Das sieht man zum Beispiel am Auftreten russischer Botschafter:innen im Ausland am 8. Mai und auch im UN-Sicherheitsrat. Das und die Konsequenzen dessen lassen sich in der Geschichte besonders gut am

Westfälischen Friedenskongress sehen: Dort wurden die Verhandlungen ja auch ohne einen Waffenstillstand geführt. Im Moment unterstützen wir die Ukraine militärisch und man kann sich darüber streiten, ob das Diplomatie ist oder nicht. Muss diese immer unbedingt friedlich ablaufen? Auf der anderen Seite sieht man natürlich auch am Ukrainekrieg ein Phänomen, das für so ziemlich alle Kriege der frühen Neuzeit gilt: Es finden laufend Verhandlungen statt, auf welcher Ebene auch immer. Zum Beispiel gab es gerade einen Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und Russland oder

denken Sie an die Verhandlungen um die nun inhaftierten Kämpfer im Azovschen Stahlwerk in Mariupol. Die Frage ist da dann nur, was Konfliktparteien dazu bringt, diese einzelnen Verhandlungen während des Krieges auf die „nächste Ebene“, zum Beispiel die eines Waffenstillstands oder Friedensvertrages zu heben und was dafür die Voraussetzungen sind. Das sind Punkte und Fragestellung, an denen wir in der historischen Friedensforschung arbeiten. Die Diplomatie ist in diesem Fall einfach weitergelaufen. Was wirklich Schaden genommen hat, ist unsere Friedensvorstellung, oder eben Friedensordnung, wie man politisch sagen würde.

Das heißt, wir erleben gerade ein Rausreißen der Diplomatie aus ihrem normativen „Friedensfundament“?

Ja, ganz genau, das sieht man zum Beispiel bei Reden von Außenminister:innen, wenn mehr diplomatische Mittel gefordert werden. Was passiert, wenn Putin diplomatische Mittel anwendet, kann man ja sehr gut sehen: Dann hat er die absurd langen Tische und weist seine Leute an, die wahren Intentionen zu verschleiern; dann lautet das Narrativ, dass Truppenübung mit Belarus wie geplant laufen usw. Im Nachhinein sind wir auf eine

klare Kriegsvorbereitung heringefallen. So gesehen ist das, was Putin da macht, sehr „frühneuzeitlich“. Da fänden sich bestimmt bei Ludwig XIV. gute Parallelen (lacht). Im Kern sieht man aber eben, wie Kriege auch heute noch diplomatisch vorbereitet werden: Isolation, Desinformation, Kooperationen zu potenziellen Verbündeten, usw.

Sind also, wie Sie gerade gesagt haben, gerade im Ukrainekrieg die bilateralen Verhandlungen aktuell wichtiger geworden als zuvor? Die neue Sicherheitsordnung nach dem Krieg aufzustellen wird keine einfache Aufgabe sein. Kann das noch multilateral passieren oder ist diese Herangehensweise mit dem Krieg ein Stück passé?

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass wir gerade einen für die Neuzeit sehr ungewöhnlich symmetrischen Krieg zwischen zwei Staaten erleben. Von allen Seiten wird dieses Verständnis des Kriegs rhetorisch aufrechterhalten: Da bekriegen sich zwei, die anderen sind keine Kriegsparteien. Und eigentlich haben wir ja seit Syrien und auch davor ein sehr asymmetrisches Verständnis von Kriegen. Da fällt es dann nach diesem Februar leicht zu sagen, dass beide sich nur wieder zusammenfügen müssten und dann passt



das wieder. Aber das Ganze kann eben nur multilateral klappen. Selbst am G7-Gipfel waren nicht nur die „Sieben“ beteiligt, sondern auch andere Schwellenländer. Der Konflikt kann also nicht nur durch die Beiden beendet werden, auch nicht durch die G7 allein. Zudem stehen mit der Türkei und Israel Vermittler bereit. Da kommt vielleicht eher die Frage auf, ob sich die Multilateralität nicht verändern muss. Reicht es, wenn es die G7 machen oder etablieren sich andere multilaterale Foren und Ebenen? Ist die UNO dabei tragfähig?

Ein Blick auf den Westfälischen Friedenskongress kann unser Verständnis von Multilateralität dabei vielleicht schärfen: Dort wurde trotz seiner Multilateralität vor allem bilateral zwischen den einzelnen Gesandten der europäischen Mächte verhandelt, an einem Tisch saß man nie. Also welchen Sinn haben genuin multilaterale Verhandlungen, was macht sie aus? Und in Bezug auf

die Multilateralität ist da noch eine Parallele zum Dreißigjährigen Krieg: Das Vertrauen ist weg – sowohl zwischen Russland und der Ukraine als auch zwischen den damaligen Konfliktparteien. Damals wie heute wird es Garantien Dritter für einen Frieden brauchen, so wie 1648 der Frieden im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation durch die auswärtigen Mächte Frankreich und Schweden garantiert wurde. Auch wegen solcher Problemstellungen würde ich sagen, dass die Multilateralität nicht weg ist und nicht weg sein wird. Eine Einigung ist aktuell nicht zu zweit möglich - von globalen wirtschaftlichen Verflechtungen mal ganz zu schweigen.

Den Aspekt finde ich interessant: Ein zu starrer Multilateralismus der sich eventuell ändern muss...

Genau und das bringt uns wieder zum Punkt der Friedensordnung: Unsere, von vor Februar 2022, hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg und vor allem nach 1990 entwickelt. Sie verändert sich jetzt, doch wie, kann bis jetzt noch niemand voraussehen. Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurde eine solche Ordnung erstmal aufgebaut und geschaffen, jetzt muss man einsehen, dass wir gerade am Anfang einer

neuen multilateralen Ordnung stehen und die Gestaltung dieser wird nach meiner Meinung auch sehr frühneuzeitlich ablaufen: Alle mit der entsprechenden Macht bzw. Anspruch werden mitmachen und am Verhandlungstisch sitzen wollen.

Eine eher dunklere Prognose, die Macht bestimmt ganz die neue Ordnung. Sehr frühneuzeitlich. Ist das das Einzige, was wir aus einer geschichtlichen Betrachtung der aktuellen Lage mitnehmen können oder kann uns der Westfälische Friedenskongress, der ja einen der brutalsten, langwierigsten und kompliziertesten Konflikte der europäischen Geschichte erfolgreich beendet hat, für die heutigen Ereignisse doch noch etwas lehren?

Ja und nein! Zuerst sollten wir die Ausgangslage vergleichen: Einerseits haben wir die Frage, ob die Konflikte heute symmetrischer sind als die des 17. Jahrhunderts. Andererseits findet sich in der Komplexität der Probleme eine Gemeinsamkeit: Auf dem Kongress mussten bis zu 150 Jahre alte Probleme gelöst werden und das mit allen Beteiligten auf verschiedensten weltanschaulichen und religiösen Ebenen. Und damals wie heute: Alle woll(t)en bei der Gestaltung

dabei sein. Auch die zerstörte Vertrauensgrundlage eint die Situationen damals und heute; ein Versöhnungsfrieden scheint unwahrscheinlich. Und damals wie heute muss eine neue Ordnung erst aufgerichtet, bzw. heute erneuert werden. Denn auch wir müssen uns ja erst wieder – ggf. schriftlich – versichern, was im internationalen Miteinander eigentlich gilt.

Nach diesen Voraussetzungen können wir auf die Lösungsinstrumente blicken: quasi den „Werkzeugkasten“ der Friedensfindung öffnen und mal darin herumkramen. Das wirklich passende Werkzeug werden wir aber nicht finden. Man kann aber nach Anregungen schauen oder versuchen, auf einer Metaebene Schlüsse daraus zu ziehen, wie damals mit der gerade schon genannten Komplexität der Situation umgegangen wurde: Eine erste Lösung wären da multilateral gefundene Versicherungen, also die Garantien Dritter. Zweitens könnte man am Westfälischen Friedenskongress die Möglichkeit entdecken, dass man auch zusammen verhandeln kann, wenn man sich nicht an einen – noch so langen – Tisch setzen will. Nicht umsonst fand der Kongress ja in zwei verschiedenen, aber nahe beieinander liegenden Städten, Münster und

Osnabrück, statt. Und drittens finden wir am Kongress das Instrument der Vermittlung, wie es heute wieder Staaten wie Israel angeboten haben.

Wenn es uns aber um die „Lehre“ aus dem Kongress geht, zwei eher allgemeine Punkte: Die Lösung liegt kurz gesagt in der Alternative. Das Alte wiederherzustellen wird zu schwierig, es muss die Bereitschaft geben, völlig neue Wege zu gehen. Auf der anderen Seite zeigt die historische Beschäftigung mit dem Kongress: Es kommt nicht nur darauf an, wer militärisch überwiegt, wem wie viel Geld fehlt, sondern bei den Verhandlungen kommt es immer auf den Rahmen an, der zunächst einmal geschaffen werden muss.

Frieden wird also auch „gemacht“ und braucht bestimmte Bedingungen. Genauso wird Geschichte ja gemacht.

Ganz genau. Vor allem: Geschich-

te wiederholt sich nicht. Aber dennoch steckt im Blick auf die Geschichte natürlich häufig die Motivation auch etwas „Nützliches“ zu finden. Die Quellenedition zum Westfälischen Frieden, die Acta Pacis Westphalicae (APW), die in Bonn seit jetzt 60 Jahren herausgegeben wird, ist dafür selbst ein Beispiel: Auch der Gründungsimpuls der APW in den 1950ern kam aus der Friedens- und Europaeuphorie der Nachkriegszeit: Die Idee war, dass man sich nach dem Zweiten Weltkrieg vergangene Friedensordnungen ansieht und quellenkritisch und grundlegend analysiert. Die Edition, die daraus entstanden ist, ist nicht zuletzt Voraussetzung, dass wir heute erst Vergleiche ziehen können und über das „Wie“ des „Friedenmachens“ diskutieren. Eine Quellenedition, die uns Perspektiven fast aller Kongressbeteiligten bietet, ist dabei eine große Bereicherung. Wir sehen dann: Zur Friedensfähigkeit hat es bisweilen lange ge-

dauert und auch nach 1648 gab es viele Kriege und Konflikte zwischen den Vertragspartnern von 1648. Aber der Frieden, den sie da geschlossen hatten, blieb immer wieder eine Referenz, auf die man sich berief und derer man sich gegenseitig versicherte, wenn man wieder in einem neuen Vertrag zusammenkam. Das heißt für unsere aktuelle Situation der Aufstellung einer neuen Friedensordnung: Man muss sich vergewissern, was eigentlich noch gilt bzw. wieder gelten soll; in der frühen Neuzeit ist das immer wieder in Berufung auf den westfälischen Frieden als Referenz gelungen. Diese Referenzen müssen wir immer wieder neu ausloten.

Ich hoffe genau das gelingt uns. Immer wieder. Vielen Dank für das interessante Gespräch!



Mehr zum Westfälischen Frieden und seiner Aktualität.

Impressum

Das POLITICUM ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit 30 Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansichten der Redaktion oder die der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autor*innen sind für den Inhalt ihrer Beiträge selbst verantwortlich.

Redaktionsanschrift:

Redaktion POLITICUM

Fachschaft Politische Wissenschaft und Soziologie

Am Hofgarten 15

D-53113 Bonn

politicum@fs-sozpol.de

www.fs-sozpol.de

Erschienen:

September 2022

Herausgegeben von:

Fachschaft Politik und Soziologie

Chefredakteurin:

Judith Lea Reuber (V.i.S.d.P)

Redaktion:

David Schöngarth, Judith Lea Reuber, Florian Kommer

Layout:

Judith Lea Reuber

Bilder:

Deckblatt: Judith Lea Reuber, S. 4: Judith Lea Reuber und David Schöngarth, S. 5: Charlotte Bock und Luca von Borstel, S. 7: Pixaby, S. 9: David Schöngarth, S. 11: Pixaby, S. 13: Judith Lea Reuber, S. 15: Judith Lea Reuber, S. 17: Pixaby, S. 18 und 19: Penelope Wessel und Marcel Turlach M.A., S. 21: pixabay, S. 23: Jonas Bechthold M.A.



EURE #LIEBLINGSFACHSCHAFT